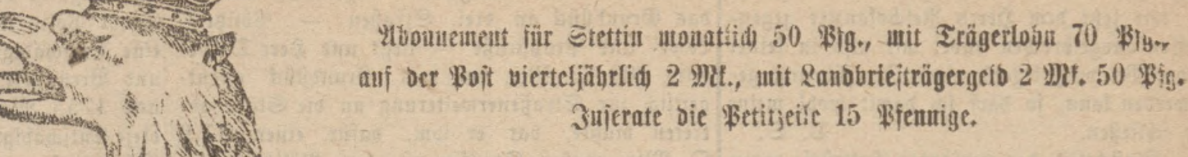
Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.



Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg., auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 22. Januar 1886. Nr. 35.

Deutschland.

Berlin, 21. Januar. Eine Unterredung mit dem Reichskanzler über die Kolonialpolitik. Der „Hamb. Korr." erhält folgende Zuschrift:

In den letzten Tagen haben wiederholt einige Berliner Zeitungen mich als Mitinhaber der hiesigen Firma Robertson & Hernsheim und der in verschiedenen Theilen der Südsee, unter Anderem auch auf den Karolinen-Inseln etablirten Firma Hernsheim & Ko. zum Mittelpunkte von Mittheilungen über den Verlauf der bekannten Karolinen-Angelegenheit gemacht. Diese Mittheilungen enthielten wesentliche Irrthümer und konnten geeignet erscheinen, über mein Verhalten in jener Angelegenheit Auffassungen hervorzurufen, die ich nicht als berechtigt anerkennen konnte, und denen ich deshalb auch nicht ausgesetzt zu sein wünsche. Nachdem schließlich auch die „Nordd. Allg. Ztg." ausdrücklich mich als diejenige Persönlichkeit genannt hatte, deren Aeußerungen dem Herrn Reichskanzler gegenüber einen gewissen Einfluß auf dessen Entschließungen betreffend die Erledigung der Karolinen-Angelegenheit gehabt haben sollten, darf ich die geehrte Redaktion dieses Blattes wohl bitten, mir einigen Raum zur Klarstellung des wirklichen Herganges zu gewähren, aus welcher hervorgehen dürfte, daß und in welchem Umfange die gemachten Mittheilungen der Berichtigung bedürfen.

Es handelt sich hauptsächlich um den Inhalt einer Unterredung, zu welcher ich mich auf erfolgte Aufforderung bei dem Herrn Reichskanzler am 22. September v. J. eingefunden hatte. Ich habe über diese Unterredung, die mich im höchsten Grade interessiren mußte, sofort nach der Rückkehr in mein in unmittelbarer Nähe belegenes Hotel eine Aufzeichnung gemacht, wie dies wohl Jedermann thun wird, welcher der Ehre einer solchen Unterredung gewürdigt worden ist. Den Zweck der Unterredung selbst habe ich dahin aufgefaßt, daß der Herr Reichskanzler wünsche, von mir Auskunft über die mir durch meine geschäftliche Thätigkeit und einen mehrjährigen Aufenthalt auf den Südsee-Inseln wohlbekannten Verhältnisse in verschiedenen Theilen der Südsee zu erhalten und habe es deshalb für meine Pflicht gehalten, die an mich gerichteten Fragen nach bestem Wissen und Gewissen so zu beantworten, wie ich es der Wahrheit und den thatsächlichen Verhältnissen entsprechend erachtete. Wenn ich dabei im Verlaufe des Gesprächs nicht verkennen konnte, daß die eine oder die andere meiner Antworten den Herrn Reichskanzler weniger befriedigten, so habe ich das natürlich sehr bedauern müssen, aber doch geglaubt, verpflichtet zu sein, als Auskunftsperson offen und unumwunden Dasjenige zu sagen, was der Herr Reichskanzler zu erfahren wünschte und was ich für richtig hielt. Wenn der Herr Reichskanzler dabei mir auch Gelegenheit gewährte, nicht nur Auskunft zu geben, sondern auch persönliche Ansichten zu entwickeln, so habe ich in dieser Beziehung geglaubt, ihm am besten zu dienen, indem ich mich bemühte, thunlichst offen und klar zu sein und meine Ansichten auch mit Gründen zu belegen. Die mir gewährte Audienz dauerte etwa 1/2 Stunde; aus meinen Aufzeichnungen über dieselbe lasse ich jetzt das Nachstehende folgen, selbstverständlich unter Hinweglassung alles dessen, was nach meiner Meinung nicht in die Oeffentlichkeit gehört.

Der Fürst empfing mich sehr freundlich und sagte mir, daß ich ihm durch einen höheren Marineoffizier (den ich vor einigen Jahren in der Südsee kennen zu lernen Gelegenheit gehabt hatte) als eine Persönlichkeit geschildert sei, welche ihm zuverlässige Auskunft über dortige Verhältnisse zu geben geeignet sein würde. Er ging dann sofort zu der Karolinen-Angelegenheit über und entrollte mir ein Bild dessen, was aus einem ernstlichen Zerwürfniß mit Spanien in politischer Beziehung entstehen könne. Ich kann hierüber nur so viel sagen, daß der Herr Reichskanzler die Sache recht ernst auffaßte und mir Konsequenzen vorführte, welche auf mich als einfachen Kaufmann und Nichtpolitiker einen tiefen Eindruck machen mußten. Dann fragte mich der Herr Reichskanzler nach der Höhe des Interesses, welches meine Firma sowie die „Deutsche Handels- und Plantagengesellschaft der Südsee" auf den Karolinen besitzen und machte kein Hehl daraus, daß ihm dieselben im Verhältniß zu den möglicher Weise verlangten Opfern sehr geringfügig erschienen. Dann sagte er mir, Spanien böte uns einen Vertrag an, ähnlich wie denjenigen für den Sulu-Archipel, worin also Handelsfreiheit, Freiheit des Grunderwerbes, Schutz vor allen Abgaben und Zöllen und Konsulargerichtsbarkeit für die jedesmaligen Vertreter der betreffenden Nationen garantirt wäre. Ich erwiderte, mit solchen Garantien ließe sich, wenn man den nationalen Standpunkt außer Acht lasse, wohl vom rein geschäftlichen Standpunkt zufrieden sein. (Die im Drucke hervorgehobenen Worte habe ich ausdrücklich betont.) Ich fürchte nur, daß, wie das Beispiel der Mariannen genügend beweise, eine solche Garantie von spanischer Seite wenig Werth hätte. Dies bestritt der Fürst, indem er sagte, für die Mariannen bestehe auch kein Vertrag, während er bis jetzt noch nicht gehört hätte, daß über die Verhältnisse der Deutschen auf den Sulu-Inseln Klagen eingelaufen seien, welche doch auch jetzt unter spanischer Herrschaft ständen. Dann sagte mir der Fürst, er würde womöglich einen solchen Vertrag gemeinsam mit England machen, das ihm in dieser Sache recht loyal entgegenkomme, um damit dem Ganzen mehr Halt zu geben. Ich sagte dann, daß, wenn wir nun um so energischeren und wirksameren Schutz auf den Marschalls-Inseln, Neu-Guinea, Neu-Britannien 2c. erhielten, sich der Verlust der Karolinen-Inseln wohl verschmerzen, resp. bald wieder einholen lassen würde. Hier erwiderte der Fürst, von einem Schutze des Reiches könne nur immer in so weit die Rede sein, als eine genügende Polizeimacht in Frage käme; alles Andere müßten die Kaufleute thun, zu Mehr habe er zur Zeit weder die nöthigen Mittel, noch Schiffe zur Verfügung. Dann sprach er sich über unsere juristisch ausgebildeten jungen Beamten und pensionsberechtigten Unteroffiziere aus, welche ein zu theures und unpraktisches Material für Kolonien böten. Was ein einzelner Mann einer Kolonial-Armee koste, würde ich ja wohl wissen, daran sei gar nicht zu denken. Auch würden die in Europa ausgebildeten Beamten trotz aller Vorschriften immer wieder in ihre alte Schablone hineinfallen und den Anforderungen der Kolonien nicht genügen. Alles dieses müßten die Kaufleute selbst schaffen, und daß dieses ginge, bewiesen ja die englisch-ostindische, die holländisch-ostindische und die neue Nordborneo-Kompagnie.

Hierauf erlaubte ich mir dem Fürsten zu bemerken, daß er die Verhältnisse jener Länder gar nicht mit jenen der Südsee vergleichen könne. Jene Kaufleute hätten das Recht der Oberhoheit in Ländern verliehen erhalten, in welchen bereits eine gewisse Zivilisation bestand, in denen reiche und einflußreiche Radjahs und Sultane herrschten, welche selbst große Besitzthümer an kultivirtem Lande, an dienstbaren Bevölkerungsklassen u. s. w. u. s. w. besaßen. Diesen Gesetze vorzuschreiben und sie zur Zahlung der Verwaltungskosten heranzuziehen, ihnen im Fall der Uebertretung von Verwaltungs-Vorschriften Strafen an Geld, Land und pfandbaren Objekten aufzuerlegen, sei verhältnißmäßig leicht gewesen. In der Südsee gäbe es nichts dergleichen, sondern nur besitzlose und nackte Wilde mit kleinen Häuptlingen, ganz oder fast ohne Einfluß auf die Bevölkerung und ohne irgend welchen Besitz, der von Europäern an Zahlungsstatt genommen werden könne. Diesen meinen Ausführungen folgte der Fürst mit ersichtlichem Interesse und machte sich mehrfach Notizen. Hierauf erzählte ich ihm von den mangelhaften und nahezu trostlosen Verhältnissen auf Neu-Irland und Neu-Britannien, wo der Reichskommissar Herr von Oertzen sich schon seit März v. Js. ohne Kriegsschiff und sonstige Machtmittel befinde und darauf angewiesen sei, Abenteurern, wie Farrell, nur mit Tinte und Feder zu Leibe zu gehen, was natürlich gar nicht imponire, und uns dem Spott der Fremden aussetze.

Ich fuhr fort, daß man heute zu Tage ohne Geld, Schiffe und Militär keine Kolonien mehr gründen könne, und daß sich nach meiner Meinung in Deutschland schwerlich Kapital finden lassen werde, um Kolonien zu bearbeiten, welche im Falle eines Krieges die Beute des ersten besten Feindes sein würden. Sollten europäische Feinde durch einen siegreichen Feldzug auch zur Wiederherausgabe eroberter Kolonien gezwungen werden können, so sei den deutschen Kolonisten wenig damit gedient, denn die jungen Kolonien würden durch eine feindliche Okkupation auf Jahre hinaus in ihrer Entwickelung zurückgebracht sein. „Ja", sagte der Fürst, „dann stellen Sie ja in der Südsee noch viel größere Ansprüche an die Reichsregierung, als die Herren in Afrika." Es hätten sich doch Leute gefunden, wie die Neu-Guinea-Kompagnie, die Alles das, was ich von der Regierung beanspruche, auf sich genommen hätten. Ich erwiderte, man habe meiner Firma einen solchen Schutzbrief wie die Neu-Guinea-Kompagnie erhalten, angeboten, wir hätten denselben jedoch abgelehnt, eben aus dem Grunde, weil wir glaubten, die damit auferlegten Pflichten nicht erfüllen zu können. Meiner Meinung nach würde die Neu-Guinea-Kompagnie dazu eben so wenig im Stande sein. Der schon erwähnte Vorfall mit Farrell sei ein Beweis dafür. Der Neu-Britannia-Archipel gehöre ebenfalls zu ihrem Verwaltungs-Bereich, aber das Schutzgebiet sei viel zu groß, und bis jetzt hätten die Herren noch nicht einmal einen einzigen Schutzmann auf dem ganzen ungeheuren Terrain. Wir verlangten selbstverständlich auch nicht Alles auf ein Mal nnd würden schon sehr erfreut sein, wenn wir dieselbe Unterstützung erhielten, welche die Reichsregierung bereits in Kamerun und sonst in West-Afrika gewährt habe.

Der Fürst legte nun nochmals Verwahrung dagegen ein, daß er jemals öffentlich oder im Reichstage den deutschen Kolonien eine solche Unterstützung, wie ich sie für nothwendig erklärt hätte, versprochen habe. Alle diese Chancen müßten die Kaufleute selbst laufen.

Hier wurde der englische Gesandte angemeldet, der Fürst erhob sich und die Audienz war beendet.

Dies ist der unmittelbar nach der Unterredung von mir niedergeschriebene Inhalt derselben und ich bitte, fernerhin nach diesem Berichte beurtheilt zu werden.

Hamburg, den 19. Januar 1886.

H. Robertson,
in Firma Robertson u. Hernsheim.

Im Anschluß an Vorstehendes möchte ich jetzt noch auf den von der „N. A. Ztg." gegen mich gerichteten Angriff das Folgende erwidern: Das Blatt sagt:

„Alle übrigen Interessenten, mit denen der Herr Reichskanzler gesprochen, haben sich zur Frage der Einrichtung einer deutschen Verwaltung auf den Karolinen gar nicht geäußert."

Hierzu sei bemerkt, daß außer meiner Firma von deutschen Kaufleuten nur noch die „Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee" auf den Karolinen-Inseln vertreten ist, wie aus den veröffentlichten Weißbüchern völlig bekannt war. Zwei Tage nach mir war auch der Direktor jener Gesellschaft, Herr C. Godeffroy jun. zum Herrn Reichskanzler berufen; wenn bei dieser Gelegenheit von der Einrichtung einer Verwaltung auf den Karolinen nicht die Rede gewesen, so erklärt sich dies wohl daraus, daß der Gegenstand gar nicht zur Sprache gekommen ist. Ich schließe dies auch daraus, daß die Unterhaltung mit Herrn Godeffroy überhaupt nur 5 Minuten gedauert, während die mir von dem Herrn Reichskanzler gewährte Besprechung eine volle halbe Stunde in Anspruch nahm, also wohl eingehender gewesen sein wird.

Die „N. A Z." fährt fort: „Herr Robertson erklärte, daß die Kolonial-Entwickelung seiner Firma von keinem Nutzen sein könne, wenn sie nicht einen staatlichen Charakter annehme, also mit der Einrichtung von Gerichten, Polizei, Militär, Garnisonen u. s. w. vorgegangen werde. Der genannte Herr machte dieselben Schwierigkeiten geltend, die seiner Zeit von Herrn Bamberger gegen die Kolonialpolitik der Regierung ins Feld geführt worden sind."

Was ich wirklich dem Herrn Reichskanzler erklärt habe, ist in dem obigen Berichte über die Besprechung wiedergegeben. Ich bin heute noch der Meinung, daß die koloniale Entwickelung in der Südsee und in allen anderen Ländern, welche auf gleich niedriger Kulturstufe stehen, unmöglich Aussichten auf Erfolg und Nutzen für Deutschland haben kann, wenn sie nicht einen staatlichen Charakter annimmt, der den deutschen Ansiedlern wirklich Sicherheit für ihre Unternehmungen gewährt. Daß ich niemals den Bestand meiner Etablissements in der Südsee für von der Unterstützung des Reichs abhängig erklärt haben kann, ergiebt sich schon daraus, daß die Niederlassungen meiner Firma in der Südsee schon vor vielen Jahren begonnen und sich seitdem weiter entwickelt haben, also zu Zeiten, wo auf irgend welche regierungsseitige Unterstützung gar nicht zu rechnen war.

Nachdem inzwischen von Seiten der Reichsregierung eine Kolonialpolitik in die Hand genommen worden, wünsche ich ihr selbstverständlich den besten Erfolg und habe grade darum unumwunden meine Meinung darüber ausgesprochen, mit welchen Mitteln dieser Politik der gewünschte Erfolg gesichert werden könne. Daß ich zu diesen Mitteln die Ertheilung eines Schutzbriefes an Privatpersonen oder Firmen nicht rechnen kann, wird man verstehen, wenn ich aus dem von Sr. Maj. dem Kaiser unterm 17. Mai v. J. der „Neu-Guinea-Kompagnie" ertheilten Schutzbriefe diejenigen Bestimmungen anführe, in denen die für den gewährten Schutz zu übernehmenden Verpflichtungen aufgeführt sind. Die Kompagnie hat sich danach verpflichtet, die zur Förderung des Handels und der wirthschaftlichen Nutzbarmachung des Grund und Bodens, sowie zur Herstellung und Befestigung eines friedlichen Verkehrs mit den Eingebornen und die zu deren Zivilisirung dienlichen staatlichen Einrichtungen in den Schutzgebieten auf ihre Kosten zu treffen und zu unterhalten. Daß die Uebernahme einer solchen Verpflichtung durch eine Privatfirma gradezu unmöglich ist, wenn die Verpflichtung wirklich eingehalten werden soll, wird man mir zugeben. Bestätigt wird diese Auffassung durch die Thatsache, daß die „Neu-Guinea-Kompagnie" sich bis heute um den ihrem Schutzgebiete zugehörenden, seit acht bis zehn Jahren von deutschen Kaufleuten bearbeiteten Bismarck-Archipel, den einzigen Theil des Gebietes, in welchem überhaupt von den Anfängen einer Zivilisation die Rede sein kann und in welchem Europäer seit Jahren wohnen und Handel treiben, noch nicht hat kümmern können. Von den Anfängen einer Verwaltung oder auch nur von der Anstellung eines einzigen Polizisten ist nicht das Geringste zu spüren.

Die Bemerkung der „N. A. Z.", daß die Firma Robertson u. Hernsheim die einzige deutsche Firma gewesen sei, welche den Anstoß zur Besitznahme der Karolinen-Inseln gegeben hätte, ist unrichtig. Die „Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft" hat ein viel größeres Interesse an den Karolinen-Inseln als ich und hat eben so gut die Anträge gestellt. Der Herr Geheime Rath Dr. Krauel veranlaßte mich sogar, womöglich noch die Unterschrift des Herrn Geh. Rath von Hansemann zu dem erneuerten Antrage einzuholen, und erst auf meine mündliche und schriftliche Mittheilung, daß dieser Herr sich nicht dazu verstehen wolle, schrieb Herr Geh. Rath Dr. Krauel an mich unterm 24. Januar 1885 wie folgt: „Es ist richtig, daß die „Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee" den Schutz des Reiches für alle Inseln, wo sie Stationen besitzt, nachgesucht hat. Betont war allerdings in erster Linie Samoa und Tongo, wo das Hauptgeschäft der Gesellschaft konzentrirt ist. Eben so hat das Konsortium von Hansemann u. Bleichröder Schutzanträge bezüglich ihrer Unternehmungen gestellt und braucht, da eine weitere Ausdehnung derselben in der Südsee nicht beabsichtigt ist, vor der Hand keine neuen Anträge zu stellen. Machen Sie daher nur Ihre Eingabe für sich unter Beschränkung auf Ihre eigenen Interessen und unter Bezugnahme auf das früher eingereichte Verzeichniß Ihrer Handelsstationen."

Diese Eingabe wurde dementsprechend gemacht, trotzdem ich der Ansicht war, daß die bereits vor Jahren gemachten Anträge beider Interessenten, welche auch von dem Verweser des Generalkonsulats zu Apia, Herrn Legationsrath Dr. Stübel, unterstützt wurden, dem Herrn Reichskanzler ausreichendes Material an die Hand gaben, zu einem geeignet erscheinenden Zeitpunkte diesen Wünschen zu entsprechen.

So steht es mit der Behauptung, daß meine Firma allein Anträge, betreffend Besitzergreifung von den Karolinen gestellt habe. Dieser Antrag ist, wie oben ersichtlich, auf Grund ausdrücklicher

ufforderung erfolgt. Wenn ich noch hinzufüge, aß ich den verschiedenen Herren im Auswärtigen Amte, mit denen ich in dieser Angelegenheit in Berührung gekommen, gegenüber stets meine Ansicht, wie in der Südsee mit Besitzergreifungen vorgegangen werden sollte, genau in demselben Sinne, wie jetzt dem Herrn Reichskanzler gegenüber, offen ausgesprochen habe, mir also in keiner Weise der Vorwurf irgend einer Irreführung gemacht werden kann, so darf ich damit wohl meine Abwehr schließen. D. O.

— Hinsichtlich der geplanten Entwürfe gegen den überhandnehmenden Einfluß des polnischen Elementes in den Grenzprovinzen ist jetzt mit ziemlicher Bestimmtheit davon die Rede, daß dort der Einfluß der Staatsbehörden auf die Schule verstärkt werden soll.

Ausland.

Paris, 19. Januar. Heute Nachmittag 2 Uhr machte der gestern hier eingetroffene neue spanische Botschafter Albareda Freycinet seinen Besuch. Freycinet hat dem Vernehmen nach beschlossen, über die Sprache der offiziösen spanischen Presse, die Frankreich beschuldigt, daß es die republikanische Bewegung in Spanien begünstige, Erklärungen vom spanischen Botschafter zu verlangen, sobald derselbe sein Beglaubigungsschreiben überreicht hat.

Der Wortlaut des Vertrages mit den Hovas auf Madagaskar wird in der nächsten Woche in einem Hefte des Gelben Buches veröffentlicht werden.

Louise Michel wird morgen im Saale Rivoli eine große Versammlung mit der Tagesordnung „Begnadigungen, Amnestie" halten. Außer Louise Michel werden sprechen: Rochefort, mehrere Sozialistenführer und wahrscheinlich auch Fürst Krapotkin, der sich gegenwärtig in Paris aufhält und diesen Nachmittag bei dem Weinhändler Rue St Martin 181 eine Zusammenkunft mit Louise Michel und anderen Sozialisten hatte. Krapotkin wird nicht in Paris bleiben, sondern seine Wohnung wieder in Genf nehmen.

General de Courcy meldet aus Tonkin: „Der Gesundheitszustand hat sich gebessert; es kommen weniger Todesfälle und Krankheiten vor. Die Lage in Anam ist gut; Streitkräfte, um jedem Vorfall zu begegnen, sind genügend vorhanden, aber von den Anamiten, die in Folge des Einflusses der Missionare zur Ruhe geführt wurden, ist nichts zu fürchten. Die Nachrichten aus Kambodscha sind schlecht; eine beträchtliche Anzahl Kambodschaner, Chinesen und Malaien sind auf dem Punkte, einen Aufstand zu machen."

Wie hier, angeblich aus guter Quelle, behauptet wird, ging die Bewegung in Kartagena von den „Kommunalisten aus, deren Haupt gegenwärtig in Paris weilt; Zorilla sei der Sache fremd und mißbillige sie sogar. Von französischer Seite wird versichert, das Kabinet Freycinet übe streng die Pflichten guter Nachbarschaft gegen Spanien und treffe alle vom Gesetze gestatteten Maßregeln in dieser Angelegenheit.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 22. Januar. Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten machte Herr Dr. Scharlau Mittheilung von einem Dankschreiben des hiesigen Pädagogischen Vereins, worin die dem Verein angehörigen Lehrer den städtischen Behörden ihren Dank aussprechen für die Gehaltserhöhungen, welche den städtischen Elementar- und Mittelschullehrern durch die letzten Beschlüsse der Versammlung zu Theil geworden sind.

Ferner meldete sich vor Eintritt in die Tagesordnung Herr Petermann zu einer Berichtigung zum Wort. Derselbe hatte in der vorletzten Sitzung gelegentlich der Debatte über den Ankauf des Grundstücks Zachariasgang 74 geäußert, dieses Grundstück sei kaum 20,000 M. werth, wenn es auch von Sachverständigen auf 45,000 M. abgeschätzt sei. In Bezug hierauf erklärt nun Herr Petermann, seine damalige Erklärung beruhe auf einer Verwechselung der Grundstücke Zachariasgang 73 und 74, er sei der Meinung gewesen, bei dem Antrage sei das Grundstück Nr. 73 gemeint gewesen und auf dieses Grundstück habe sich seine Erklärung bezogen.

Zum Vorsteher für den 24. Bezirk wurde Herr Apotheken-Besitzer Jonas und zum Stellvertreter für den Vorsteher des 29. Bezirks Herr Kaufmann Alb. Großmann, zum Mitgliede der 11. Armen-Kommission Herr Kaufmann Gans und zu Mitgliedern der Pferde-Musterungs-Kommission die Herren Stallmeister Krüger und Fuhrherr M. Gubbe gewählt. — Im vorigen Jahre erkrankten die Kinder des Schuldieners in dem Schulhause Pommerensdorferstraße 25 an Diphtherie und war in Folge dessen eine umfassende Desinfektion des Hauses nöthig. Die Kosten hierfür in Höhe von 176 Mark 35 Pf. werden von der Versammlung bewilligt. — Die Schul-Deputation hatte dem Magistrat Kenntniß gegeben, daß im nächsten Etatsjahre in einer größeren Anzahl von Schulen neue Klassen eingerichtet werden müssen, und zwar war die Zahl derselben auf 15 angegeben. Der Magistrat konnte sich jedoch nur zur Anlegung von zunächst nöthigen 13 neuen Klassen entschließen und hat sich hiermit auch sodann die Schul-Deputation einverstanden erklärt und für 8 Schulen die Anlegung von 12 neuen Klassen in Vorschlag gebracht. Die Anlegung der Klassen sowohl, wie die Kosten hierfür in Höhe von 24,770 Mark werden bewilligt.

Dem Restaurateur Herrn P. Devantier ist seitens der königl. Polizei-Direktion aufgegeben worden, die auf seinem Grundstück Pölitzerstr. 9 noch stehenden Holzgebäude bis zum 1. April d. J. zu entfernen und ist Herr Devantier in Folge dessen um die Konzession zum Neubau auf diesem Grundstück beim Magistrat eingekommen. Da das Grundstück an drei Straßen — Pölitzer-, Löwe- und Prutzstraße — liegt und Herr D. bereits 204 Q.-Mtr. von dem Grundstück unentgeltlich zur Straßenerweiterung an die Stadt abtreten mußte, bat er ihm, dafür einen 17,9 Q.-Mtr. großen Streifen an der Pölitzerstraße, welcher der Stadt gehört, unentgeltlich zu überlassen. Der Magistrat glaubte darauf nicht eingehen zu können, erkannte dagegen an, daß Herr D. durch Abtretungen von seinem Grundstück sehr geschädigt sei und setzte für den 17,9 Q.-Mtr. großen Streifen nur den mäßigen Preis von 100 Mark fest. Die Versammlung genehmigte den Verkauf des Terrains zu diesem Preise.

Zur Verpachtung einer ca. 1 Hektar großen Ackerfläche von Petrihof, für welche bisher der Gärtner Netzel eine jährliche Pacht von 340 Mark zahlte, war ein Termin ausgeschrieben, doch fand sich nur ein Bieter ein, welcher ein Gebot von 120 Mk. pro Jahr abgab. Dieses Gebot erschien der Oekonomie-Deputation zu gering und sie zog es vor, den Platz zur Verwendung für städtische Zwecke zu reserviren. Da es doch nur eine Frage der Zeit sei, daß die Baumschule aus den Anlagen verlegt werde, schlug die Oekonomie-Deputation vor, das bei Petrihof belegene Terrain zur Aufnahme der Baumschule zu verwenden, dasselbe eigne sich um so mehr dazu, als in nächster Nähe das städtische Waisenhaus erbaut werde und so eine Beaufsichtigung der Baumschule leicht möglich sei. Der Magistrat hat sich mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt und eine dementsprechende Vorlage bei der Versammlung eingebracht, über welche Herr Graßmann referirt. Es handelt sich in der Vorlage um drei Punkte: ob die Versammlung damit einverstanden sei, daß 1) die Parzelle nicht weiter verpachtet werde; 2) die Baumschule aus den Anlagen entfernt werden soll und 3) sich die Versammlung mit der Verlegung der Baumschule nach Petrihof im Prinzip einverstanden erkläre. Der Referent beantragt, die Vorlage des Magistrats zu genehmigen.

Herr Dr. Dohrn macht darauf aufmerksam, daß die Parzelle in Petrihof ca. 1/4 kleiner sei, als das Terrain in den Anlagen, auf welchem sich z. Z. die Baumschule befinde und daß in Folge dessen nicht alle Bäume umgesetzt zu werden brauchten. Es sei zu empfehlen, die Baumschule in Zukunft nur für städtische Zwecke zu beschränken, zur Zeit befänden sich darin viele Bäume, welche die Stadt nicht verwerthen könne, wie die Kastanien- und Ahornbäume.

Herr Greffrath bemängelt, daß vom Magistrat nichts Positives über die projektirte Verlegung der Baumschule vorgeführt sei, wie dies zur Orientirung unbedingt nöthig wäre. Er beantragt, Punkt 1 der Vorlage zu genehmigen, dagegen in Betreff der Punkte 2 und 3 die Vorlage an den Magistrat zurückzugeben und um Ausarbeitung einer ausführlichen Vorlage zu ersuchen.

Nachdem noch die Herren Graßmann und Tietz das Wort ergriffen, wird der Antrag des Herrn Greffrath angenommen.

Der Magistrat hat die Verpflichtung, einen Raum für gerichtliche Obduktionen herzugeben; bisher diente dazu ein Raum im alten Krankenhause, welcher sich jedoch nicht als ausreichend erwiesen hat. Der Magistrat hat zwar diese Verpflichtung energisch bestritten, jedoch ohne den geringsten Erfolg, er wurde in allen Instanzen abgewiesen und als er eine gerichtliche Entscheidung deshalb anrufen wollte, scheiterte auch dieser Versuch, da die Regierung die Sache als Verwaltungssache bezeichnete, welche durch richterliche Entscheidung nicht entschieden werden könne. Inzwischen hat jedoch der Justizfiskus ein Entgegenkommen gezeigt und sich erboten, für jede Obduktion eine Entschädigung von 9 Mk. an die Stadt zu zahlen. Der Magistrat hatte sodann das Leichenhaus im städtischen Krankenhaus zur Verfügung gestellt, dasselbe wurde jedoch vom Gericht nicht für entsprechend gehalten und soll nun durch einen Anbau an dieses Leichenhaus ein Obduktionshaus geschaffen werden und zwar soll dasselbe zwei getrennte Kellerräume zur Aufbewahrung der Leichen und im Erdgeschoß einen genügend großen Raum zur Vornahme der Sezirungen und einen Vorraum zur Aufbahrung der Leichen erhalten. Die Kosten sind auf 10,000 Mk. veranschlagt und werden von der Versammlung für den nächsten Etat bewilligt.

Schon wiederholt haben Verhandlungen zwischen dem Magistrat und dem Besitzer des Grundstücks Mühlenbergstraße 12, Herrn Konsistorial-Sekretär a. D. Spohr, wegen Ankauf von Terrain von diesem Grundstück geschwebt, dieselben scheiterten stets an den übermäßig hohen Forderungen des Besitzers. In neuerer Zeit ist endlich ein Vertrag wegen Austausch von Grundstücken zu Stande gekommen, wonach Herr Spohr der Stadt 161 Q.-Mtr. von seinem Grundstück lasten- und kostenlos abtritt, wogegen er 24 Q.-Mtr. städtisches Terrain erhält, die Stadt aber die Herstellung der Straße und des Bürgersteigs vor diesem Grundstück übernimmt. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden und bewilligt die entstehenden Kosten in Höhe von 2970 Mark.

Schon seit dem Jahre 1841 spielt zwischen der Stadt Pölitz und der Stadt Stettin ein Prozeß, welcher durch Erkenntniß des Reichsgerichts vom 17. Oktober 1885 endgültig zu Ungunsten der Stadt Stettin entschieden worden ist. Die Stadt Pölitz und eine Anzahl Pölitzer Bürger hatten die Berechtigung, aus den der Stadt gehörigen bei Pölitz belegenen Werdern Rohr und Holz unentgeltlich zu beziehen. Durch Erkenntniß vom 1. April 1880 wurde die Ablösung dieser Berechtigung ausgesprochen, doch beanspruchten die Stadt Pölitz und die dazu gehörigen Bürger noch eine Entschädigung von 25,140 Mark für Rohr und Brennholz, 21,908 Mark für Hopfenstangen und 1755 Mark für Brennholz und wurde ihnen diese Entschädigung auch durch das oben erwähnte Erkenntniß des Reichsgerichts zugesprochen. Die Entschädigungssumme nebst Prozeßkosten macht 48,814 Mark 47 Pf. aus und wird von der Versammlung bewilligt und zwar soll diese Summe, dem Vorschlage des Magistrats gemäß, vorschußweise aus dem Extraordinarium entnommen und zunächst für das nächste Jahr davon 8814 Mark aus dem Ordinarium in das Extraordinarium zurückgezahlt werden. In Bezug auf die späteren Abführungen soll — einem Antrage der Finanzkommission gemäß — der Beschluß der jedesmaligen Etatsberathung vorbehalten werden.

Von Herrn Dr. König, unterstützt von den Herren Dr. Dohrn, Dr. Amelung und Haker, ist der Antrag eingegangen, daß bei Ausleihung städtischer Gelder auf Hypotheken die Rückzahlung des Kapitals und die Zinszahlung in Gold stipulirt und dies in das Grundbuch eingetragen werde. Ueber den Antrag referirt Herr Dr. Wolff, welcher denselben nicht nur zur Annahme empfiehlt, sondern auch den Zusatz-Antrag stellt, dem Magistrat anheimzugeben in Erwägung zu ziehen, ob dem Antrag nicht auch rückwirkende Kraft gegeben werden könne. — Gegen letzteren Antrag wendet sich jedoch Herr Oberbürgermeister Haken, weil die praktische Ausführung desselben zu viel Schwierigkeiten bieten würde.

Herr Dr. König empfiehlt seinen Antrag in längerer Rede, indem er darauf hinweist, daß mit demselben keine politische Demonstration bezweckt, sondern daß er nur eine einfache Schutzmaßregel sei in einer Zeit, wo die Gefahr nahe liege, daß die Währung geändert werden könne.

In längerer Ausführung weist Herr Justizrath Wendlandt darauf hin, daß der Antrag eine wichtige und eingreifende Aenderung nach sich ziehe und daß eine eingehende Berathung desselben dringend nöthig sei. Redner beantragt deshalb, den Antrag nochmals einer gemischten Kommission zur Durchberathung zu überweisen, gleichzeitig solle diese Kommission erwägen, ob es nicht zweckmäßig sei, bei Neuausleihungen dem Schuldner eine bestimmte Kündigungsfrist vorzuschreiben.

Dieser Antrag wird nach längerer Debatte angenommen.

Ohne Debatte werden die Etatsentwürfe für das Johanniskloster, das Berkhoff, Kuhberg-, Salingré-, Sanne-Stolle- und Schwenn-Stift pro 1886—87 genehmigt. In dem Johanniskloster-Etat sind 24,000 Mark für den Neubau eines Gebäudes auf dem Gute Armenheide vorgesehen, diese Summe wird nur unter der Bedingung genehmigt, daß über den Bau der Versammlung eine besondere Vorlage eingebracht wird.

— Auf Grund der Vorschrift des § 50 des Reichs-Preßgesetzes ist der Postordnung in § 13, welcher „Drucksachen" behandelt, in Absatz 7 hinter den Worten „Es soll jedoch gestattet sein" am Schluß als neue Nummer 10 hinzugefügt worden: „bei Drucksachen, welche von Berufs-Genossenschaften oder deren Organen auf Grund des Unfall-Versicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 und der dasselbe ergänzenden Reichsgesetze abgesandt werden und auf der Außenseite mit dem Namen der Berufs-Genossenschaft bezeichnet sind, Zahlen oder Namen handschriftlich oder auf mechanischem Wege einzutragen oder abzuändern, und den Vordruck ganz oder theilweise zu durchstreichen." Hierin liegt wohl eine nicht unerhebliche pekuniäre Erleichterung für den Postverkehr der Berufs-Genossenschaften.

— „Deutscher Privat-Beamten-Verein, Zweigverein Stettin." Unter anderweitigen Versuchen, die Zusammengehörigkeit der Mitglieder zu stärken und die Mitgliederzahl des Vereins zu vermehren, stellt der Vorstand jetzt seinen Mitgliedern einen Zyklus von Vorträgen in Aussicht. Dieselben, aus dem Gebiet der Nahrungsmittelchemie entnommen, sollen von 14 zu 14 Tagen stattfinden. — Hoffentlich werden diese Vorträge bei den Mitgliedern Anklang finden und dieselben veranlassen, dem Verein ein erhöhtes Interesse zuzuwenden, was wohl, abgesehen von den Hinweisen durch die Presse dadurch noch zu erreichen ist, daß von den Mitgliedern immer von Neuem weitere Kreise auf die Bestrebungen des Vereins aufmerksam gemacht und Freunde wie Bekannte eingeladen werden, den Vortrags- resp. Vereinsabenden beizuwohnen. Der erste Vortrag wurde am Sonnabend, 16. Januar, gehalten vom Chemiker Herrn A. Kiesewetter. Am Sonnabend, 30. Januar, wird Herr Dr. Leo einen Vortrag halten über das Thema: „Die Luft, welche wir athmen."

— Landgericht. — Strafkammer 1. — Sitzung vom 21. Januar. — Der Zeichner Joh. Aug. Huth in Bredow hatte am 6. November v. Js. der Turnstunde des dortigen Turnvereins beigewohnt und nicht nur am Turnen und Fechten thätigen Antheil genommen, sondern auch den kräftigen „Stoff" der Bredower Brauerei eifrig geprobt und nach dem Vorbild der alten Germanen immer noch eins getrunken. Doch ebensowenig wie bei den alten Germanen, konnte es bei Huth genug werden und als die Turnstunde geschlossen und er den Heimweg antrat, war es ihm nicht möglich, an der nächsten grünen Laterne vorüber zu kommen und so betrat er noch das K.'sche Lokal, um dort noch einen allerletzten Schoppen zu nehmen. Hier machte sich jedoch bald die Wirkung des genossenen Gerstensaftes bemerkbar, Huth trieb allerlei Unfug und wurde den übrigen Gästen so lästig, daß ihm das Lokal verwiesen wurde. Huth dachte jedoch nicht daran, das Lokal zu verlassen und so sah sich der Wirth genöthigt, den unliebsamen Gast gewaltsam aus dem Lokal zu entfernen, wobei er von einem andern Gast, dem Schneidermeister Sch., unterstützt wurde. Hierüber war Huth so empört, daß er von außen mehrere Scheiben des Lokals einschlug und sodann in der Nähe des Lokals Stellung nahm. Als sich der erwähnte Schneidermeister Sch. nach Hause begab, stürzte sich Huth auf ihn und brachte ihm mit einem Messer vier Stiche in die Brust bei. Dies hatte zur Folge, daß sich Huth heute wegen Mißhandlung und Sachbeschädigung zu verantworten hatte und mit Rücksicht auf die bei der That entwickelte Rohheit zu 1 Jahr 3 Tagen Gefängniß verurtheilt, auch seine sofortige Haftnahme beschlossen wurde.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Volksthümliche Vorstellung zu ermäßigten Preisen. Die Wallenstein-Trilogie. (Erster und zweiter Theil.) „Wallenstein's Lager" in 1 Akt. „Die Piccolomini" in 5 Akten von Schiller.

Sonnabend: Die Wallenstein-Trilogie. (Dritter Theil.) „Wallenstein's Tod" in 5 Akten von Schiller.

Vermischte Nachrichten.

— (Enttäuscht.) Während des Gastspiels Mierzwinskis in Königsberg, so schreibt die „K. H. Z", war der Tenorkönig der Urheber einer hübschen Anekdote, die den Vorzug hat, buchstäblich wahr zu sein. Bekanntlich brachte der männliche Chor unseres Stadttheaters dem gefeierten Sänger, nachdem dieser den Eleazar in der „Jüdin" gesungen, vor seinem Hotel ein Ständchen. Mierzwinski hörte die Ovation, befand sich aber augenblicklich nicht in dem Kostüm, um persönlich seinen Dank abstatten zu können; er berief daher den Oberkellner und gab diesem in seinem gebrochenen Deutsch die nöthigen Instruktionen. Der Kellner erschien unten, theilte den Herren Choristen mit, daß das gebrachte Ständchen ihren großen Kollegen von Herzen gefreut und fügte hinzu: „Herr Mierzwinski läßt durch mich noch sagen, daß er Ihnen tausend Mark . . ." Den Rest der Worte verschlang ein einstimmiges Hoch auf den nicht nur großen, sondern sogar splendiden Sänger, und freudig zog man zur nächsten Restauration, wo herausgerechnet wurde, daß bei einer Summe von 1000 Mark auf den Antheil eines Jeden genau 55 Mark 55 Pf. kämen; man konnte sich also für die über die runde Summe von 50 Mark hinausgehenden 5 Mark 55 Pf., ohne sich den Vorwurf des Leichtsinns machen zu dürfen, einmal einiges Gute gönnen. Sehr bald leider erfuhren die Herren Choristen, daß sie dies lediglich auf eigene Rechnung gethan hätten, denn das, was der Kellner nach dem Willen Mierzwinskis den Sängern des Ständchens von ihm überbringen sollte, waren . . . tausend Dank.

— Der Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten trat am Sonnabend wieder zusammen, um in Betreff eines Pastors Z. aus der Provinz Sachsen zu verhandeln. Derselbe war wegen zahlreicher Vorkommnisse, die meist auf einen zu „animirten Zustand" zurückgeführt wurden, durch Entscheidungen des Konsistoriums und des Ober-Kirchenraths des Amtes entlassen worden. Der Gerichtshof hob indeß diese Entscheidung auf, da gegen die formelle und materielle Sachlage erkannt und namentlich die Ablehnung von Beweisanträgen nicht genügend motivirt worden sei.

— (In der Leihbibliothek.) Fräulein: „Ich möchte eine pikante Lektüre haben." — Der Gehülfe: „Da kann ich Ihnen Rottenhöfer's Kochbuch bestens empfehlen. Da stehen genug pikante Sachen d'rin!"

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

München, 21. Januar. Der Referent der Reichsrathskammer über den Auslieferungsvertrag mit Rußland, D. v. Neumayr, beantragt, dem von der Kammer der Abgeordneten angenommenen Kopp'schen Antrage auf Kündigung dieses Vertrages wegen Inkompetenz des Landtages nicht zuzustimmen.

München, 21. Januar. Der frühere Generalauditeur der baierischen Armee, charakterisirter General der Infanterie, Graf Tattenbach, ist gestern gestorben.

London, 21. Januar. Der Staatssekretär des Krieges, Smith, ist zum Ober-Sekretär für Irland ernannt und behält als solcher Sitz im Kabinet.

Belgrad, 20. Januar. Die Majorität des Ausschusses der Fortschrittspartei hat sich für den Abschluß des Friedens unter Wahrung der Ehre Serbiens, wenn auch mit Verzicht auf die Herstellung des Gleichgewichts in den Balkanstaaten durch Verhinderung der bulgarisch-ostrumelischen Union, ausgesprochen, da letztere nur durch einen neuen Krieg verhindert werden könnte. Die Kundgebungen im Lande in diesem Sinne mehren sich.